



SVP: Nein zum Strassenverkehrsamt

Klare Zustimmung zum Polizei- und Sicherheitszentrum, klare Ablehnung der zweiten Kreditvorlage: Die Delegierten der kantonalen SVP haben ihre Parolen zu den Abstimmungen vom 10. Juni gefasst.

Mark Liebenberg

In passender thematischer Umgebung hat die kantonale SVP an ihrer Jahresversammlung die Ja-Parole zur Fusion der Busunternehmen VBSh und RVSH gefasst. Mit 62 zu 5 Stimmen liessen ihre Mitglieder am Montagabend im Busdepot Ebnat somit ihren Parteipräsidenten Pentti Aellig im Regen stehen, der öffentlich für ein Nein zur Fusion und damit direkt gegen SVP-Stadtrat Daniel Preisig kämpft (siehe Seite 17). Selbst im Parteivorstand hatte der Präsident schon auf einsamer Flur gestanden. Vor den Delegierten sagte er, er befürchte, dass die fusionierte VBSh mit dem Kauf von Batteriebussen ein nächstes Schaffhauser «Pionierdebakel» auslösen könnte.

Rücktritt nahegelegt

Parteiintern hatte das Engagement des Präsidenten offenbar für Gesprächsstoff gesorgt. «Einige von euch haben mir wegen meiner anderen Meinung sogar den Rücktritt als Parteipräsident nahegelegt.» Eine Volkspartei müsse aber mit Meinungsvielfalt zurechtkommen, so Aellig. Eine Aussprache dazu fand nicht statt. Denn reich beladen war die Traktandenliste. Dem Kredit über

93,4 Millionen Franken für den Neubau eines Polizei- und Sicherheitszentrums (PSZ) stimmte die Versammlung letztlich deutlich zu, mit 41 zu 26 Stimmen. Dies nach längerer Diskussion, in der die PSZ-Gegner, die vornehmlich aus den eigenen Reihen stammen, die hohen Kosten des Baus kritisiert hatten.

Dafür hatten die Gegner des ebenfalls am 10. Juni dem Volk vorgelegten Kredits für das auf dem gleichen Gelände geplante neue Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt die Nase vorn. Mit 44 Nein- zu 17 Ja-Stimmen fassten die SVP-Delegierten die Nein-Parole zum 11,9-Millionen-Kredit. Als Hauptgründe wurden hier nicht die Kosten ins Feld geführt, sondern die geplante Aufgabe des Fahrzeugkontrollstandorts Beringen und die Ungewissheit darüber, ob Synergien mit dem geplanten neuen Schwerverkehrszentrum des Bundes realisierbar sind.

0 Stimmen für Poststellen-Initiative

Auf einstimmige Ablehnung stiess gestern die dritte kantonale Abstimmungsvorlage zur Poststellen-Initiative. Sämtliche der anwesenden stimmberechtigten Parteimitglieder ver-

warfen die Forderung, in Bern eine Standesinitiative zur Verhinderung von weiteren Poststellenschliessungen einzureichen.

An der gut besuchten Versammlung fasste die Kantonal-SVP ferner die Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen. So betreffend die nationale Vollgeld-Initiative: «Sie würde unsere erfolgreiche Geldpolitik sehr stark beeinträchtigen und die Schweiz im internationalen Vergleich wohl sehr schwächen», hatte Ständerat Hannes Germann vor der Versammlung gesagt. Diese fasste mit einem Ja zu 65 Nein ebenfalls klar die Nein-Parole.

Ja zum Geldspielgesetz

Das Geldspielgesetz hingegen fand Annahme. Es wurde von Nationalrat Thomas Hurter vorgestellt: Jährlich wanderten rund 250 Millionen Franken ins Ausland ab. Die Gegner des Geldspielgesetzes sehen dieses als eine Bevormundung der Bevölkerung und eine klare Bevorzugung der Schweizer Casinos. Es war Thomas Hurter, der vor den Delegierten das neue Gesetz zur Annahme empfahl. Die Versammlung folgte ihm und fasste mit 50 Ja zu 16 Nein die Ja-Parole.